

Kinder- und Familienarmut

Der Runde Tisch gegen Kinder- und Familienarmut (RTKA) hat seit über 18 Jahren vielfältige Initiativen z.T. mit Unterstützung der Stadt Bonn zur Bekämpfung der belastenden Armut für ALLE Kinder in der reichen Stadt Bonn auf den Weg gebracht. Die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen ist auch eine finanzielle Frage. Zudem wird die Teilhabe auch durch bürokratische Hürden in Ämtern verhindert und ist nicht gesichert. Eine auszubauende präventive bereits vor der Geburt beginnende psychosoziale Gesundheitsinfrastruktur im umfassenden Sinne könnte die Armutssituation Betroffener mildern und zudem teurere Folgemaßnahmen ersparen. Der Bund stattet die Kommunen unzureichend mit finanziellen Ressourcen für die Umsetzung der gesetzlichen Beschlüsse insbesondere des Bundes aus.

Daher fragen wir die OB-Kandidat*innen in der Stadt Bonn:

1. Sind Sie bereit, sich gemeinsam mit anderen kommunalen Körperschaften sehr aktiv für eine bessere finanzielle Ausstattung der Stadt Bonn (und damit für alle Kommunen) zu verwenden? Welche konkreten Maßnahmen sind Sie - über übliche Wege der Spitzenverbände wie Städtetag u.ä. hinaus - bereit, dafür zu ergreifen? Wie wollen Sie die Bundesstadt Bonn in diesem Kontext als Speerspitze zur Bekämpfung der Familienarmut positionieren?
2. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um insbesondere die präventive psycho-soziale Gesundheitsinfrastruktur für arme Kinder und Familien über bestehende Ansätze hinaus auszubauen?
3. Was wollen Sie tun, um insbesondere migrantischen Familien eine bessere Teilhabe zu ermöglichen? Welche Schritte wollen Sie unternehmen, um Multiplikator*innen aus diesem Bevölkerungskreis für die Verbesserung der psycho-sozialen Gesundheitssituation zu gewinnen?
4. Welche auch finanziellen Schritte wollen Sie auf den Weg bringen, um die allgemeine und (Bildungs-)Teilhabe von Kindern und Jugendlichen vorrangig in sozial belastenden Stadtteilen zu verbessern, insbesondere auch durch Bereitstellung von zusätzlichem Fachpersonal in Schule, in sozialen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe?
5. Sind Sie bereit, dafür zu sorgen, dass alle Kinder und Jugendlichen bis mindestens 18 Jahren den ÖPNV in Bonn kostenfrei benutzen können, wie das in einer ebenfalls als kinderfreundlich anerkannten Kommune erfolgt ist?

Wohnen

Zugang zu angemessenem Wohnraum, unabhängig von der sozialen Lage, ist ein ungelöstes Problem. Nach neueren Untersuchungen braucht Bonn 35.000 neue Wohnungen bis 2040. Dabei kommt gerade in wachsenden Ballungsgebieten wie Bonn der Schaffung und dem Erhalt von preiswertem Wohnraum eine entscheidende Bedeutung zu. In beiden Bereichen ist in den vergangenen Jahrzehnten viel zu wenig geschehen.

Wir fordern:

1. eine Wohnungsbauoffensive, die zu deutlich mehr Wohnungen in Bonn führt. Die Mittel für den öffentlich geförderten Wohnungsbau müssen deutlich aufgestockt werden. Bebauungspläne müssen schneller bearbeitet werden, hin zu einer besseren Ausnutzung von Flächen und eine größere

- Nutzungsmöglichkeit. Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass die Forderungen umgesetzt werden?
2. die Erarbeitung eines Wohnungsbau-Entwicklungsplanes für Bonn mit Vorgaben, wie viel Wohnungen pro Jahr gebaut werden müssen. Werden Sie einen solchen Plan erarbeiten lassen?
 3. die Stärkung der Stadtentwicklungsgesellschaft, damit Wohnungsbaupotenziale erschlossen werden und die Zahl der Grundstücke und Wohnungen im Eigentum der Stadt vergrößert wird. Wie wollen Sie dieses Anliegen umsetzen?
 4. eine Rückkehr zur dauerhaften Sozialverantwortung im Wohnungsbau. Dies umfasst gerade in Bonn sowohl die Rolle des Bundes (BImA) beim Erhalt und der Schaffung von langfristig mietpreisgebundenen Wohnungen für insbesondere Bedienstete des Bundes als auch die Förderung gemeinwohlorientierter, nicht renditegetriebener Akteure wie z.B. Genossenschaften! Teilen Sie unsere Einschätzung?
 5. vorrangige Wohnungsvergabe an Familien mit Kindern in beengten Wohnverhältnissen. Was wollen Sie tun, um dies zu erreichen?
 6. besondere Unterstützung für wohnungssuchende Kinder und Jugendliche! Haben Sie dazu Vorschläge?

Demokratie

Demokratie muss aktiv gelebt werden. Sie braucht das Engagement aller Bürger*innen, um in der Gesellschaft Solidarität und Gemeinschaft zu stärken. Rechte Parteien und Gruppierungen haben ein Interesse an der Spaltung unserer Gesellschaft und treiben diese bereits voran. Von den Folgen einer Spaltung und dem Erfolg rechter Parteien sind zuallererst benachteiligte Gruppen betroffen: Arme, Kranke, Flüchtlinge, Alte und Kinder! Diese Gruppen haben alle keine Stimme im öffentlichen Diskurs. Daher braucht es eine lebendige Zivilgesellschaft, die sich für die Rechte Sozialbenachteiligter einsetzt und die Demokratie aktiv mitgestaltet.

Wir möchten von Ihnen als OB-Kandidat*in wissen:

1. Welchen Stellenwert geben Sie der Unterstützung der Demokratie bei der Vielzahl der Aufgaben eine*r Oberbürgermeister*in?
2. Durch welche Maßnahmen wollen Sie konkret die Demokratie in Bonn schützen und fördern?
3. Wie werden Sie eine Koalition führen, falls im Rat der Stadt Bonn rechte Parteien vertreten sind? Wie wollen Sie dafür sorgen, dass rechte Parteien im Rat keinen Einfluss auf die Politik der Stadt haben?